Thorner Presse.

Abonnementspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährl. 2 Mark.
Ausgabe
täglich 6½ Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinenstr. 1.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis
für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Invalidendank" in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 41. **Freitag den 17. Februar 1893.** **XI. Jahrg.**

Politische Tagesschau.

Der augenblickliche Stand der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland ist nach der „Nat.-Lib.-Korr." folgender: „Am letzten Sonntag hat im Reichsamt des Innern eine Berathung von Vertretern aller betheiligten Ministerien und Reichsbehörden stattgefunden, welche sich über die an Rußland zu stellenden Forderungen und Anerbietungen schlüssig machte. Am Montag sind diese Grundsätze formulirt worden und werden nun ehestens der russischen Regierung mitgetheilt werden."

Zum Bunde der Landwirthe schreibt die „Kreuz-Zeitung": „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Landwirthe, wenn sie ihre Interessen energisch und mit Erfolg vertreten wollen, dies nur durch Einflußnahme auf die Gesetzgebung geschehen kann. Ein Verein, welcher die Politik aus seinen Erörterungen und Zielen ausschließen wollte, wäre dazu natürlich nicht geeignet. Wenn deshalb der „Bund der Landwirthe" als ein „unpolitischer Verein" ins Leben treten will, so kann das selbstverständlich nur den Sinn haben, daß man keine neue parlamentarische Partei bilden und die Zugehörigkeit zu dem Bunde nicht von dem Beitritt zu einer bestimmten Fraktion, sondern von der bestimmten Stellungnahme zu ganz konkreten, die Interessen der Landwirthschaft definirenden Fragen abhängig machen will. Da zugleich der Verein seine Aufgabe darin erblickt, auf die politischen Wahlen in diesem Sinne einen sehr entschiedenen Einfluß auszuüben, beweist deutlich und klar, daß er eine eminente Politik treiben will und muß."

General von Loë hatte, wie gemeldet, eine Unterredung mit dem Großherzog von Baden. Den „Hamb. Nachr." wird dazu aus Karlsruhe geschrieben: „Der General ist Sonntag Nachmittag hier eingetroffen und alsbald vom Großherzog in langer Audienz empfangen worden. Ueber die darin gepflogenen Erörterungen wird vorerst schwerlich etwas authentisches bekannt werden; in hiesigen politischen Kreisen neigt man jedoch allgemein der Meinung zu, daß die Vermuthung, es würden dabei wichtige kirchenpolitische Fragen zur Erwägung kommen, auf Richtigkeit beruhen. Verstärkt wird diese Vermuthung durch die Thatsache, daß der Großherzog sowohl mit dem Kultusminister Geh. Rath Dr. Nokk, wie mit dem in engster Fühlung mit dem nationallib. Parteiführer stehenden Minister Eisenlohr und dem Präsidenten des evangelischen Ober-Kirchenraths Geh. Rath Dr. von Stösser kurz zuvor längere Unterredungen hatten".

Der Staatssekretär Frhr. v. Marschall hat in der Reichstagssitzung am Montag gesagt: „Es ist mir unmittelbar vor der Sitzung Kenntniß von einem Artikel der „Kreuzztg." geworden, der die Behauptung enthält, die in den russischen, deutschfeindlichen Journalen enthaltenen Artikel beziehen ihre Informationen von der hiesigen russischen Botschaft". Der Minister hat dann diese Behauptung für eine grundlose Insinuation und eine grobe Verletzung der internationalen Höflichkeit erklärt. Bisher seien solche Praktiken in Deutschland nicht üblich gewesen. — Hierzu erklärt die „Kreuzztg.", sie habe von der im allgemeinen feindseligen Haltung der „Proteus"-Korrespondenzen der russischen Blätter gesprochen, während Herr v. Marschall sage, sie habe behauptet, die in den russischen, deutschfeindlichen Journalen enthaltenen Artikel bezögen ihre Informationen aus der hiesigen russischen Botschaft. Letztere Behauptung wäre allerdings eine ungeheuerliche, grundlose Insinuation. Wenn der Minister ferner von bisher in Deutschland nicht üblichen Praktiken gesprochen, und damit auf die bekannten Pariser Botschafterbeleidigungen angespielt habe, so fehle hier jeder Vergleichungspunkt. Die „Kreuzztg." habe nicht auf den russischen Botschafter, sondern auf gewisse geistliche Einflüsse hingewiesen, von welchen die Inspiration jener Korrespondenten ausgehe. Die „Kreuzztg." weist daher jeden Vorwurf auf das allerbestimmteste zurück und kann die Aufbauschung der kurzen Bemerkung über „Proteus" nur bedauern.

In einem Berliner Blatt ist die Meldung aufgetaucht, daß zwischen dem Reichskanzler Grafen Caprivi und dem Abg. Dr. Bamberger eine Unterredung über die Militärfrage stattgefunden habe. Das „Berl. Tagebl." ist in der Lage, diese Nachricht als erfunden zu bezeichnen.

Der polnische Abgeordnete von Koscielski berichtet der „Deutschen Warte", seine Fraktion würde jedenfalls die Militärvorlage unverändert annehmen und nur der Regierung genehme Abänderungen acceptiren. — Die Presse der polnischen Fraktion hat bekanntlich bisher erklärt, die Vorlage sei für die Polen unannehmbar, während der der „Hofpartei" feindlich gesinnte „Orendownik" die Annahme der Vorlage mit dem Hinweis darauf empfohlen hat, daß die Ablehnung die polnische Fraktion völlig inkonsequent erscheinen lassen würde.

Für den Zusammentritt der Delegationen Oesterreich-Ungarns ist endgiltig die letzte Woche des Mai in Aussicht genommen. Bekanntlich finden bei dieser Gelegenheit politische Kundgebungen statt, welche diesmal von dem Schicksal der deutschen Militärvorlage beeinflußt sein werden.

Im englischen Unterhause bekämpfte bei der Berathung der Homerule-Bill das Parlamentsmitglied Balfour die Bill sehr energisch. Redner hielt sie für ganz unannehmbar. Der Führer der Parnelliten Redmonde erklärte es für unmöglich, seine Ansicht über die Vorlage abzugeben, bis der Wortlaut derselben vorliege. Sie habe große Mängel, die vorher zu beseitigen sind, ehe sie als Lösung der Frage aufgenommen werden könne. Erst bei der 3. Lesung lasse sich ein endgiltiges Urtheil fällen. Mit dem Prinzipe der Bill sympathisire er vollständig und stimme damit überein.

Ein drastisches Zeichen für die Nothlage der nicht durch Zölle geschützten Landwirthschaft auch in England wird aus der Grafschaft Norfolk gemeldet. Daselbst ist ein Gut von 4000 Acres (1600 ha) vollständig außer Kultur gesetzt worden. Der Boden dieser Besitzung ist nicht gerade erster Klasse, immerhin aber nicht schlecht, und noch vor zehn Jahren war er von zahlreichen Pächtern bewirthschaftet. Allein mit dem stetigen Rückgang der Weizenpreise hielt der Ruin der Pächter gleichen Schritt. Einer nach dem andern ging davon und schließlich nahm der Grundherr sein Gut in eigene Bewirthschaftung. Nach kaum Jahresfrist gab er den Versuch als aussichtslos auf, verkaufte sämmtliches bewegliche Inventar und will den Besitz brach liegen lassen.

Die Versöhnung des Exkönigs von Serbien mit seiner geschiedenen Frau Natalie hat reichliches Material für Legendenbildung geliefert. So wird behauptet, Milan werde wieder nach Serbien zurückkehren und dritter Regent sowie oberster Kriegsherr der streitbaren Serbenarmee werden. Davon ist natürlich in absehbarer Zeit keine Rede. Für die weitere Zukunft sein Urtheil festzulegen, wäre indeß gewagt.

In Centralasien ist für die rivalisirenden Bestrebungen durch die Erkrankung des Emirs von Afghanistan neuer Boden geschaffen. Der Emir soll, wie aus englischer Quelle verlautet, so schwer erkrankt sein, daß er an der Ausübung der Regierungsgeschäfte behindert ist. Bei den steten inneren Kämpfen des Landes kann diese Erkrankung leicht den Anstoß zu einer Umwälzung geben, die England wie Rußland in ihnen günstigen Bahnen zu lenken bemüht sein werden.

Die Rundreise des Khedive, von der er soeben zurückgekehrt ist, hat in den Provinzen eine Art von religiöser Manie hervorgerufen. Der junge Abbas scheint dort fast vergöttert zu werden. Im Khedive sehen die Egypter, so sagt die „Pall Mall Gazette", die Verkörperung des nationalen Geistes und der muhammedanischen Religion. Glücklicherweise werde das Land von englischen Beamten regiert, welche, nach der Meinung der Eingeborenen, nicht ausländische Usurpatoren, sondern Diener des Willens Gottes sind. Und das kann für die Engländer ein Trost sein.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 15. Februar 1893.

Das Haus setzt die Berathung des mündlichen Berichts der Petitionskommission über die Petition des landwirthschaftlichen Centralvereins in Halle, betr. den deutsch-russischen Handelsvertrag, fort.

Von dem Abg. v. Dziembowski und den beiden konservativen Fraktionen liegt hierzu der bekannte abgeänderte Antrag Arendt vor.

Abg. v. Kröcher (deutschkons.) erklärt, für die Anwesenheit der Minister habe er nicht gestimmt, da man die Minister doch nicht zum Reden zwingen könnte. Die konservativen Fraktionen hätten sich über den Antrag v. Dziembowski geeinigt, der in der Form milder sei als der Antrag Arendt. Herr Rickert habe kein Recht, die Debatte mit dem Hinweise darauf zu verbieten, daß die Sache in den Reichstag gehöre. Herr Rickert erörtere hier oft genug Reichstagssachen, wenn es ihm gerade passe; auch seien die Interessen Preußens bei der Sache bedeutend engagirt. Es handle sich um ein vitales Interesse der Landwirthschaft. Man schmeichle den unteren Klassen und vernachlässige den Mittelstand. Von einem Manne, der im langjährigen diplomatischen Dienste des Reiches einige Erfolge aufzuweisen habe, habe er diese Ansicht gehört, daß nach dem Abschlüsse des Vertrages mit Rußland sich die diplomatischen Beziehungen verschlechtern würden.

Von dem Abg. v. Eynern (natlib.) wird für den Fall der Annahme des Antrages v. Dziembowski der Zusatzantrag gestellt: die Regierung aufzufordern, vor und bei Abschluß von Handelsverträgen sich mit den Interessenten und Sachverständigen der Landwirthschaft und Industrie in Verbindung zu setzen.

Abg. Dr. Arendt (freikons.) widerlegt die Ansicht, daß das Haus kein Recht habe, sich mit Reichsangelegenheiten zu beschäftigen. Dieses Recht könne nach früheren Vorgängen nicht bezweifelt werden. Es handle sich hier nicht um einen agrarischen Vorstoß, denn einen Großindustriellen, wie Herr Vopelius, der den Antrag mit unterzeichnet habe, könne man doch nicht vor einen agrarischen Wagen spannen. Die Agrarierhetze in der Presse werde sich mit Naturnothwendigkeit rächen. Mit dem russischen Handelsvertrage stoße man die Bauern vor den Kopf und verbittere sie; das sei gefährlich angesichts der Sturmzeichen, an denen es nicht fehle.

Sylvia.

Erzählung von G. Salviati.

(Nachdruck verboten).

I. Kapitel

„Und ich sage Dir, Friedrich, aus dem Kinde wird nichts gutes, sie hat gar zu viel von ihrer Mutter geerbt und erinnert wenig an meinen guten Franzel. — Armes Mädchen, was wird nur aus ihr werden? Kaum aus der Schule, läuft sie hinaus in den Wald, jagt in ihrer lebhaften Art durch das Dickicht, über Gräben und Baumstümpfe, Kleider und Strümpfe zerreißend, die sie doch selbst zu flicken gar nicht im Stande ist, so viele Mühe ich mir auch gebe, sie dazu anzuhalten, es ihr beizubringen.

Aber das macht wohl, ich bin zu schwach, zu nachsichtig gegen sie und Du kannst ihr nun gar nichts abschlagen, dem wilden Dinge, sie ist uns beiden über den Kopf gewachsen, wir müssen sie strenger nehmen."

Nach diesen Worten setzte sich Frau Brigitta, die blindgewordenen Brillengläser eifrig putzend, auf ihren alten Lehnstuhl, welcher im Eckstübchen des saubern kleinen Försterhäuschens stand, und schaute zum Fenster hinaus.

„Ih, Mutter, quäle Dich doch nicht mit schwarzen Gedanken" erwiderte ein in mittleren Jahren stehender hübscher Mann, welcher in grüner Jagdjoppe, ein kurzes Gewehr über der Schulter, am Tische stand und sich sein Pfeifchen stopfte. „Die Sylvia ist ein gutes Mädel, und wenn auch anders wie die übrigen Kinder der Nachbarschaft, so liegt das eben in ihrem südlichen Blute, ihrem feurigen Temperament, sie wird, wenn erst älter, schon von selbst vernünftiger und ruhiger werden. Laß sie jetzt nur immer austoben, Mtuter, sie ist so gern im Wald."

„Aber denke doch, Friedrich, ein Mädchen von dreizehn Jahren das" — —

„Das, wie mir der Lehrer noch heute gesagt, seine beste Schülerin ist," unterbrach sie Friedrich, einen kräftigen Zug aus seiner Pfeife nehmend. „Der alte Lohnsfeld vermochte sie nicht genug zu loben, nannte sie das klügste Mädel, das ihm je in die Finger gekommen, und war förmlich begeistert von Sylvias prächtiger Stimme, mit der, wie er sagt, sie es noch einmal zu etwas großem bringen könnte. Ja, Mutter, wenn wir ihr später nur zu gutem Unterricht verhelfen könnten, ich glaube wirklich, das Kind könnte ihr Glück durch diese Stimme machen. Auch wird sie verwettert hübsch die kleine Hexe und ihre feinen, schmalen Händchen scheinen mir wenig geeignet, zwischen Töpfen und Schüsseln herumzuhantiren. Nein, Mutter, sie ist sicher zu was besserem bestimmt, drum lasse sie nur gewähren."

Bei den letzten Worten nickte er Frau Brigitta freundlich zu und verließ das Zimmer.

Draußen spielten die goldenen Sonnenstrahlen in den Zweigen der Eichen, Buchen und Birken, welche, nur hier und dort von einigen dunklen Tannen unterbrochen, einen herrlichen, sich mehrere Meilen entlang ziehenden Laubwald bildeten, der zu den Besitzungen der reichen Gräfin Baltzig gehörte. Ein schmaler Fußpfad führte vom Hause seitwärts ins Gehölz und weiter hinauf zum Jagdschlößchen, das, schon seit vielen Jahren unbenutzt, mit halb zerfallenen Fenstern und Thüren ein Schlupfwinkel für alle möglichen Raubvögel geworden, auch führten Ratten und Mäuse in dem alten runden Speisesaal die schönsten Tänze auf.

Dies war der Lieblingsaufenthalt Sylvias, und zu ihm lenkte unser Jägersmann auch heute seine Schritte.

Lassen wir ihn seinen einsamen Weg verfolgen und machen wir uns inzwischen mit dem vergangenen Leben der uns in Zukunft beschäftigenden Personen näher vertraut.

Frau Brigitta war die Wittwe des vor längerer Zeit verstorbenen Wirthschafters Weckmann, eines alten treuen Beamten der gräflich Baltzigschen Besitzungen.

Die beiden aus dieser Ehe stammenden Söhne, brave, tüchtige Menschen, waren gleichfalls in den Dienst des Grafen getreten, und zwar Franz, der älteste als Rechnungsführer, während Friedrich die sehr schöne Stelle eines Försters erhalten.

Graf Achim, welcher für die beiden Söhne Frau Brigittas stets eine besondere Vorliebe gezeigt, hatte, als er eine mehrjährige Reise nach der Schweiz, Italien und Spanien angetreten, Franz zu seinem Begleiter erwählt, und letzterer hatte sich in Madrid verlobt und bald darauf auch verheirathet.

Isabella Alcalara war die Tochter eines spanischen Bibliothekars, in dessen Hause Graf Achim Wohnung genommen, und der tägliche Verkehr mit dem schönen jungen Mädchen, das eine bezaubernd süße Stimme besessen, hatte Franz, dem sonst so ruhig bedachtsamen Manne alle Ueberlegung geraubt; von Leidenschaft entbrannt, warb er um Isabella, erhielt ihre Hand und führte sein junges Weib glückstrahlend in die nordische Heimath, an seinen kleinen Herd.

Aber das Glück währte nur kurze Zeit; Isabella in keiner Weise an Arbeit gewöhnt, wußte sich in Franzens Abwesenheit nicht zu beschäftigen, erlitt die schrecklichste Langeweile und konnte sich durchaus nicht in die neuen Verhältnisse und Menschen hineinleben.

Vielleicht sagte ihr auch das veränderte Klima nicht zu, sie wurde von Tag zu Tag stiller und bleicher und als sie einer Tochter das Leben schenkte, schlossen sich ihre schönen Augen für immer.

Franz, aufs tiefste durch diesen Tod erschüttert, verfiel in ein Nervenfieber und folgte seinem so innig geliebten Weibe bereits nach wenigen Wochen in die ewige Heimath, das zarte Geschöpfchen, die Sylvia als Waise zurücklassend.

Frau Brigitta, welche bei Friedrich die Hausfrau vertrat und im Forsthäuschen so recht nach Wunsch schalten und walten konnte, nahm die Enkelin zu sich und erzog sie mit aller Liebe und Sorgfalt.

Aber die Sylvia war ein eigenes Kind, und Frau Brigittas Erziehungsmethode durchaus nicht nach ihrem Geschmack, sie entschlüpfte der Großmutter, welche sie so gerne zu einem tüchtigen Mädchen herangebildet hätte, unter den Händen und wußte später die Erzürnte durch ihr herziges Wesen, ihr Schmeicheln und Küssen gar bald versöhnlich zu stimmen. (Fortsetzung folgt.)

Ministerpräsident Graf Eulenburg verlangt, daß das Haus Rücksicht auf schwebende Verhandlungen nehme und solche nicht durch sein Eingreifen gefährde, besonders durch ein Eingehen auf Einzelheiten, das störend auf die schwebenden Verhandlungen einwirken könne.

Abg. Broemel (freis.) beantragt, die Worte Industrie und Landwirthschaft in dem Antrage v. Eynern zu ändern in: Landwirthschaft, Gewerbe und Handel.

Abg. Frhr. v. Erffa (deutschkons.) giebt zu beachten, daß die vorliegende Petition von einer Provinz ausgeht, die vermöge ihrer guten Bodenlage und der dortigen intensiven Kultur als erste landwirthschaftliche Provinz Preußens zu bezeichnen ist. Dort seien mehr als 70 pCt. des Grundbesitzes in den Händen von Bauern. Man könne daher nicht von der Unersättlichkeit der Großgrundbesitzer reden. Die vom Minister zugesagte warme Fürsorge für die Landwirthschaft wäre gerade im jetzigen Moment am Ort, denn die Lage der Landwirthschaft sei jetzt gefährdet. Der Minister meinte, es sei nicht richtig, hier in die Gesetzgebung des Reichs einzugreifen. Wo und wann solle die preußische Landwirthschaft denn sonst ihre Interessen vertreten. Der Reichstag könne Handelsverträge nur annehmen oder ablehnen, nicht ändern. Wenn uns der Hut über den Kopf gestülpt werde, wäre es zu spät. Er wisse nicht, ob die Regierung die jetzige bedenkliche Bewegung im Lande ernst genug nehme. Die Versammlung des „Bundes der Landwirthe“ am nächsten Sonnabend sei ein Nothschrei aus dem ganzen Lande. Die Konservativen hofften, daß die Bewegung in die richtigen Bahnen geleitet werden könnte, könnten aber dafür keine Verantwortung übernehmen. Der deutsche Landwirthschaftsrath sei weder bei den österreichischen Handelsvertrage noch bei dem jetzigen Verhandlungen mit Rußland befragt worden.

Abg. v. Schalscha (Centrum) legt das größte Gewicht bei unsern Handelsbeziehungen mit Rußland auf die Währungsfrage.

Abg. v. Kardorff (freikons.) führt aus, der Kleingrundbesitz im Osten der Monarchie drohe demselben Schicksal zu verfallen, wie die irische Landwirthschaft. Bei einem Vertrage mit Rußland müßten wir besonders vorsichtig sein, da Rußland zahlreiche Bestimmungen zu Gunsten seines Exports, Prämien und dergl. habe. Nützlicher als alle Verträge würde die Silberwährung in Deutschland sein.

Abg. Dr. Enneccerus (natlib.) hält den russischen Handelsvertrag im Interesse der östlichen Städte für nöthig.

Abg. Frhr. v. Minnigerode-Rossitten (deutschkons.) ist der Ansicht, daß für den russischen Handelsvertrag weniger nationale als internationale und freihändlerische Gesichtspunkte ausschlaggebend seien. Es sei ferner bedenklich, bei einem Defizit von 58 Millionen neue Steuerausfälle herbeizuführen. Bei einem Handelsvertrage dürfe die Währungsfrage nicht übersehen werden.

Abg. Szmula (Centrum) macht darauf aufmerksam, daß die Arbeiterverhältnisse im Osten durch den Vertrag noch verschlechtert würden. Mit dem österreichischen Vertrage habe auch die Industrie keine guten Erfahrungen gemacht.

Minister v. Berlepsch giebt die Unzufriedenheit der Industrie zu, es seien aber keine bessern Verträge zu erlangen gewesen. Der Minister tritt dann dem Vorwurf entgegen, als ob die Umfragen über den russischen Vertrag in parteiischer Weise stattfänden, vertheidigt ferner einige wegen der Vertragsverhandlungen mit Oesterreich angegriffene Beamte und erklärt es für unrichtig, daß unter den deutschen Kommissaren sich Uneinigkeit gezeigt habe.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (freis.) meint, der österreichische Vertrag sei hauptsächlich dadurch von Wichtigkeit, daß er den Abschluß anderer Verträge ermöglicht habe. Wenn die Herren rechts jetzt in die schwebenden internationalen Verhandlungen eingriffen, so sei das eine Aeußerung, die sie als Oppositionspartei erscheinen lasse.

Donnerstag: Kultusetat.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 15. Februar 1893.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Präsident v. Levetzow darauf hin, daß die Debatten zum ersten Theil des Etats des Innern bereits 11 Sitzungen in Anspruch genommen haben. Wenn das so fort gehe, werde es nicht möglich sein, den Etat bis zum 1. April zu erledigen.

Die Berathung des Etats des Innern wird fortgesetzt.

Reichskanzler Graf Caprivi weist den Vorwurf des Grafen Kanitz, der Landwirthschaft gegenüber eine unfreundliche Haltung angenommen zu haben, zurück. Graf Kanitz habe s. Z. angesichts der hohen Getreidepreise eine Suspendirung der Getreidezölle befürwortet. Er, der Redner, rechne es sich zum Verdienst, daß es dazu nicht gekommen sei. Bei den Verhandlungen mit Oesterreich habe er eine geforderte weitere Herabsetzung der Getreidezölle verhindert. Die landwirthschaftlichen Zölle habe er für 12 Jahre festgelegt, was doch für die Landwirthschaft von großer Wichtigkeit sei. Das Sinken der Getreidepreise sei nicht auf die Zollherabsetzung zurückzuführen. Die Nothlage der Landwirthschaft sei die Folge universeller Verhältnisse, die mit kleinen Mitteln nicht aus der Welt zu schaffen seien. Wir hätten es mit Naturgesetzen zu thun. Die Regierung habe immer gleiches Recht und gleiches Maß auch für die Landwirthschaft im Auge. Die Getreidezölle seien doch auch eine Last für das Land. Anstatt von Opfern der Landwirthschaft könnte man eher von Opfern für die Landwirthschaft reden, die freilich im allgemeinen Interesse gebracht werden müssen.

Abg. Graf Kanitz (deutschkons.) dankt dem Reichskanzler für die Anerkennung der Gleichberechtigung der Landwirthschaft mit der Industrie. Bei den vorjährigen Handelsvertragsverhandlungen seien die Vertreter der Landwirthschaft nicht gehört worden. Eine zeitweilige Suspendirung der Getreidezölle hätte keine Gefahr mit sich gebracht, wie das Beispiel Frankreichs beweise. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Zölle auf 12 Jahre unbedingt festgelegt seien, acceptire er dankbar. Bisher hätten die Landwirthe immer die Besorgniß gehabt, daß die Zölle blos nach der obern Grenze gebunden seien. Für das Sinken des Kornpreises um 100 Mk. sei freilich die Zollherabsetzung allein nicht maßgebend gewesen, die Währung und andere Faktoren hätten da noch mitgespielt. Die Getreidezölle seien keine Last für das Land, denn sie kämen indirekt auch der Industrie zu gute, welche ohne eine konsumkräftige Landbevölkerung nicht bestehen könne.

Abg. Dr. Buhl (natlib.) führt aus, der Abschluß der Handelsverträge sei nothwendig gewesen, es sei aber nicht genügend Fühlung mit den Interessenten genommen worden. An den Getreidezöllen habe auch der Kleingrundbesitz ein Interesse. Ihre Ermäßigung auf 3½ Mk. aber sei ihrer Stabilität förderlich gewesen. Bei der Entvölkerung des platten Landes spiele die gesteigerte Vergnügungssucht eine Rolle; an der Freizügigkeit dürfe indeß nicht gerüttelt werden.

Abg. Dr. Baumbach (freis.) befürwortet den russischen Handelsvertrag und wünscht eine Erklärung der Regierung darüber, wie sie sich zu dem Verlangen auf Beschränkung der Freizügigkeit stelle, die ein nationales Grundrecht sei.

Abg. Graf Mirbach (deutschkons.) bestreitet, daß die Zollherabsetzung auf das Sinken der Getreidepreise ohne Einfluß gewesen sei. Den Ausschlag gäben allerdings die Produktionsverhältnisse, die Valuta und die Verkehrsverhältnisse. Die Landwirthschaft sei durch die Doppelbesteuerung und durch hohe Stempelsteuern belastet. Bei Erbtheilungen werde sie durch das geltende Recht zur Verschuldung gezwungen. Stände heute ein Staatsmann auf, der mit dem geltenden Erbrecht bräche, so würde sich die Unzufriedenheit in der Landwirthschaft in das Gegentheil verkehren. Gegen das Prinzip der Freizügigkeit stürmten seine Freunde nicht an, sie wollten nur die Beseitigung der daraus entstandenen Mißstände.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall vertheidigt die abgeschlossenen Handelsverträge mit einem Hinweis auf die Schweiz, wo uns ein Absatzgebiet von mehreren 100 Millionen Mark gesichert sei.

Reichskanzler Graf Caprivi weist die im preußischen Abgeordnetenhause gegen die deutschen Unterhändler bei den Handelsverträgen erhobenen Angriffe zurück.

Abg. Schultz (Soz.) spricht gegen eine Beschränkung der Freizügigkeit und meint, von Getreidezöllen hätten die ländlichen Arbeiter keinen Nutzen.

Abg. Rickert (freis.) befürwortet den russischen Handelsvertrag. Die Bismarck'sche Zollpolitik habe der Landwirthschaft nichts genützt.

Staatssekretär v. Bötticher macht einige Mittheilungen über die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich. Der ungarische Handelsminister sei bei seinen Forderungen für die ungarische Landwirthschaft auf den entschiedenen Widerstand unseres Kommissars gestoßen und habe erregt ausgerufen: „Herr, Sie schnüren mir ja die Kehle zu!“ Darauf habe der deutsche Kommissar ruhig erwidert: „Dahin gehen meine Instruktionen“. An Energie habe es also den deutschen Vertretern nicht gefehlt.

Abg. Dr. Bamberger (freis.) hat entdeckt, daß die Sozialdemokraten und die Agrarier in der Tendenz dasselbe wollten; die letzteren seien aber gefährlicher, weil sie Einfluß auf die Gesetzgebung hätten. Das Zustandekommen des russischen Vertrages sei eine Armeewerth. (!?)

Weiterberathung: Donnerstag.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. Februar 1893.

— Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin wohnten am Dienstag Abend mit den königlichen Prinzen und Prinzessinnen dem Fastnachtsballe im königlichen Schlosse bei. — Am Mittwoch Vormittag besichtigte der Kaiser die von der königlichen Porzellanmanufaktur ausgeführten auf Porzellanplatten dargestellten historischen Marinegemälde, die für den Rauchsalon der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ bestimmt sind. Am Abend gedenkt der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich nach Wilhelmshafen zu reisen, wo seine Ankunft Donnerstag Vormittag um 10 Uhr erwartet wird.

— Ihre Majestät die Kaiserin nahm am Sonntag Mittag im Universitätsgebäude die Darstellung von Kunstwerken durch das Skioptikon im Hörsaale des Geh. Regierungsrathes Professor H. Grimm in Augenschein, wobei die Professoren H. Grimm und Frey zugegen waren.

— Se. Majestät der Kaiser hat dem Prinzen Albert zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg die königl. Krone zum Rothen Adlerorden erster Klasse verliehen.

— Dem Vernehmen nach gedenkt die Prinzessin Heinrich morgen ebenfalls Berlin zu verlassen und nach Kiel zurückzukehren.

— Die Prinzessin Alix von Hessen ist jetzt soweit wieder hergestellt, daß sie heute Vormittag mit der Prinzessin Heinrich ausfahren konnte.

— Der „Köln. Ztg.“ zufolge ist nach Trier die amtliche Nachricht gelangt, daß der Kaiser am 2. September die Stadt besuchen wird, um über die zu den Herbstübungen zusammengezogenen Truppen die Parade abzunehmen. Von dort aus wird sich der Kaiser nach Ungarn begeben, um den Uebungen des österreichisch-ungarischen Heeres beizuwohnen.

— General von Loë, der mit Ueberbringung der Glückwünsche des Kaisers an den Papst betraut ist, war es, der im Jahre 1883 dem König Alfons XII. von Spanien in Madrid die Meldung überbrachte, daß der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm dem spanischen Hofe einen Besuch machen werde. Bei den Thronwechseln am 9. März und am 15. Juni 1888 war es wiederum derselbe General, der den Auftrag erhielt, an den Höfen zu Madrid und Lissabon die Thronbesteigung der Nachfolger Kaiser Wilhelms I. und des Kaisers Friedrich zu melden.

— Der Major vom großen Generalstabe, Graf York von Wartenburg, Enkel des alten York, ist von seinem Kommando bei der Botschaft in Petersburg entbunden worden. Zu seinem Nachfolger ist der Hauptmann im Generalstabe des ersten Armeekorps Lauenstein ernannt worden. Graf York von Wartenburg hat seine Stellung in Petersburg ununterbrochen seit 1884 inne.

— Als Nachfolger des Herrn von Brandt auf dem deutschen Gesandtschaftsposten in China ist nach der „Köln. Ztg.“ der deutsche Gesandte in Persien, Legationsrath Freiherr Schenck zu Schweinsberg, in Aussicht genommen. Derselbe hat längere Zeit als Legationssekretär in China zugebracht. Er war Ministerresident in Chile und seit Juli 1886 als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Herrn von Braunschweig deutscher Gesandter in Persien. Er ist ein geborener Hesse, etwa 50 Jahre alt und unvermählt. von Brandt will nach Deutschland zurückkommen.

— Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Wirkl. Geh.-Rath von Köller, begeht am kommenden Freitag, 17. Februar, das Fest seines 70. Geburtstages.

— Der polnische Abg. Dr. von Jazdzewski hat im Hause der Abgeordneten zum Kultusetat beantragt, die gestellten dauernden wie einmaligen Aufwendungen zur Förderung der Kenntniß der deutschen Sprache bei der polnischen Bevölkerung zu streichen, und denselben Antrag zum Etat der Handels- und Gewerbeordnung gestellt betreffs Kap. 69 Tit. 7a der dauernden Ausgaben zur Errichtung und Unterhaltung der Fortbildungsschule in den Provinzen Westpreußen und Posen.

— Der Direktor des römisch-germanischen Zentralmuseums in Mainz, Prof. Dr. Lindenschmitt, ist Dienstag verstorben.

— Der Fastnachtsball im königlichen Schlosse, der Zahl der Gäste nach das größte Fest, welches Ihre Majestäten geben, fand am Dienstag Abend in altherkömmlicher Weise statt. Es waren nahezu 1800 Personen geladen. Diese Hoffestlichkeit trägt von jeher einen gewissen volksthümlichen Charakter und zwar durch die Kollation, die an diesem Abend gereicht wird, in den lichtdurchfluteten Sälen des Schlosses gleich wie in einem einfachen Bürgerhause: Pfannkuchen und Punsch, nur daß zur Bereitung des letzteren die alten edlen Rheinweine des Schloßkellers benutzt werden. Nachdem das Kaiserpaar die glänzende Gesellschaft begrüßt hatee, trat dasselbe an die Reihe der Gemahlinnen der Botschafter und der Gesandten heran. Längere Zeit unterhielt sich der Kaiser mit dem Reichskanzler und den Botschaftern Großbritanniens, Rußlands, Frankreichs und Oesterreich-Ungarns. Die Kaiserin folgte in diesem Cercle ihrem Gemahl. Mittlerweile begann der Tanz, nach einem Strauß'schen Walzer „Schwungräder“, den der offizielle Vortänzer Lieutenant von Leipziger mit der Hofdame der Kaiserin Fräulein von Gersdorff tanzte. Im Kreise der Prinzessinnen unter dem Thronbaldachin sitzend, sah die Kaiserin den Tänzen zu. Der Kaiser machte einen Cercle unter den Generalen und Zivilpersonen. Im Verlauf der Tänze machte die Kaiserin einen Rundgang in der Weißen Saal-Galerie und der Bilder-Galerie unter der älteren Herrenwelt, die sich doch versammelt hatte, viele von den Herren in ein anregendes Gespräch ziehend. Ein prunkvolles Souper beschloß das glänzende Fest.

— Die Kriegervereine von Berlin und Umgegend haben bereits vorbereitende Schritte eingeleitet zu einer großen patriotischen Feier aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Tages der Einigung Deutschlands. Geplant sind unter anderem eine große Parade vor dem Kaiser und ein Feldgottesdienst unter Betheiligung der Reserve- und der Landwehroffiziere.

— Im Ministerium für die öffentlichen Arbeiten sind alle Vorbereitungen für die Eisenbahnvorlage, die demnächst an den Landtag gebracht werden soll, abgeschlossen. Für Sekundärbahnen werden die Forderungen geringer ausfallen als im Vorjahre. Der Bau von Tertiärbahnen wird zunächst eine Erweiterung nicht erfahren; dagegen werden in erhöhtem Maße Forderungen für Vermehrung und Verbesserung des Eisenbahnmaterials nach allen Richtungen hin erscheinen.

— Das Komitee für das Kaiserin Augusta-Denkmal hat beschlossen, dem Entwurfe Schapers den ersten Preis zuzuerkennen und diesen Entwurf der Ausführung zu Grunde zu legen. Zum Platz für das Denkmal ist mit Zustimmung des Kaisers der Opernplatz bestimmt.

— Aus Wilhelmshaven wird gemeldet: Das Kreuzergeschwader hat Ordre erhalten, Sansibar zu verlassen und einen südlichen deutschen Hafen aufzusuchen.

— Die neuen Mannschaften der südwest-afrikanischen Schutztruppe verließen gestern Abend mittels Sonderzuges Berlin, um von Kuxhaven die Fahrt nach dem Walfischbai anzutreten.

— Wegen Wiederveröffentlichung der nunmehr zum zweiten Male gerichtlich beschlagnahmte Druckschrift: „Eine Protesteingabe“ ist wider den Ingenieur Karl Paasch ein neues Verfahren wegen Beleidigung des Justizministers von Schelling eingeleitet worden. Bekanntlich war der erste Strafantrag von letzterem zurückgezogen worden, und zwar unter Uebernahme der entstandenen Kosten.

Leipzig, 14. Februar. Das Reichsgericht hat die Revision des Staatsanwalts gegen das Urtheil des Landgerichts zu Kassel vom 26. Oktober v. Js., durch welches der Pfarrer Hopf zu Melsungen, Redakteur der partikularistischen hessischen Blätter, von der Anklage der Majestätsbeleidigung und der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen freigesprochen worden, verworfen. Die Verhandlung, welche die zweite in dieser Sache beim Reichsgericht war, fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Essen a. d. Ruhr, 15. Februar. Heute kam vor der hiesigen Strafkammer die Klage der Kölner Eisenbahndirektion (rechtsrheinisch) gegen die Redakteure Fusangel und Lunemann zur Entscheidung. Beide Angeklagten wurden von der Beleidigung der Abnahme-Beamten freigesprochen.

Xanten, 17. Februar. Der aus dem Prozeß Buschhoff bekannte Kaplan Bresser ist zum Pfarrer von Laar ernannt worden.

Sigmaringen, 15. Februar. Der Fürst von Hohenzollern hat sich auf die soeben eingelangte Nachricht von dem in Freiburg erfolgten Ableben seiner Großmutter, der Fürstin Katharina von Hohenzollern, sofort dahin begeben.

Ausland.

Rom, 15. Februar. Nach einer Meldung der Blätter klag das Ministerium Bonghi vor dem Staatsgerichtshof an wegen eines Artikels im „Matin“ und der „Nuova antologia“ über Königspflichten.

Florenz, 15. Februar. Prinz Ferdinand von Coburg ist gestern nach Wien abgereist.

Paris, 15. Februar. Delegirte der parlamentarischen Untersuchungskommission fanden in Reinachs Papieren eine vollständige Korrespondenz desselben mit Crispi. Kopien derselben wurden dem auswärtigen Ministerium zugesandt. — Gestern fand die Zusammenkunft Charles von Lesseps mit seinem Vater in Chesnay statt. Zwei Polizisten begleiteten den ersteren; mehrere Journalisten wohnten derselben bei. — Der Geheimpolizist Soudais ist nach Pest abgereist zur Aufsuchung Artons.

London, 15. Februar. Lord Salisbury gedenkt, auf eine Einladung seitens der irischen Konservativen hin, um die Osterzeit die Provinz Ulster zu besuchen. — Nach einer Meldung der Times aus Kalkutta sind dort aus Kabul Nachrichten eingegangen, denen zufolge der Emir von Afghanistan sehr leidend und nicht im Stande wäre, sich mit Staatsangelegenheiten zu beschäftigen.

Petersburg, 15. Februar. Gestern Abend fand auf der französischen Botschaft eine Ballfestlichkeit statt, welcher der Kaiser, die Kaiserin und die Großfürsten, die Mitglieder des diplomatischen Korps und die Staatswürdenträger beiwohnten.

New-York, 15. Februar. Cleveland hat nunmehr selbst über die theilweise Zusammensetzung seines zukünftigen Kabinets Mittheilung gemacht. Danach bestätigt es sich, daß Walter Gresham zum Staatssekretär, John Carlisle zum Schatzsekretär und Daniel Lamont zum Kabinetsekretär des Krieges ernannt sind. Generalpostmeister wird Wilson Bissel.

Bombay, 15. Februar. Der hier eingetroffene Gouverneur von Ostafrika Exzellenz Soden begiebt sich direkt nach Deutschland, wo er im Laufe des Juni erwartet wird. Die Wiederaerwendung Sodens in Kamerun oder Ostafrika gilt als ausgeschlossen.

Provinzialnachrichten.

§§ **Schloppe,** 15. Februar. (Verschiedenes). Eine hier seltene Jagdbeute hat Herr Gutsbesitzer Kühn von hier gemacht. Derselbe erlegte kurz hintereinander zwei Schwäne von ungewöhnlicher Größe. — Die ersten Frühlingsboten, die Lerchen, sind bei uns eingetroffen, und kann man bei Spaziergängen ihren Gesang häufig vernehmen. — Die Sitte des „Spettens“ in den Tagen vor Fastnacht wird in unserer Gegend noch allgemein geübt. Die „Spetter“ gehen in dieser Zeit, ausgerüstet mit einem Holzspieße und häufig phanthastisch gekleidet, zu wohlhabenden Familien und bitten in einem Verse um Geld, Speck oder Wurst; nur selten werden sie ohne Gabe entlassen; die Eßwaaren stecken die Geber auf den „Spetten“, den erwähnten Holzspieß. Daß dieses Geschäft unter Umständen recht einträglich sein kann, geht daraus hervor, daß die Mitglieder eines hiesigen Klubs, welche sich einen „Ulk“ machten, auf einem Rundgange nicht weniger denn neun Pfund Wurst und ein Brot erhielten, welcher Reichthum bei einem gemeinschaftlichen Abendessen den Weg alles Eßbaren ging. — Aus dem Rechenschaftsberichte des hiesigen Vorschuß- und Spar-Vereins für das Jahr 1892 entnehmen wir folgendes. Der Verein zählt 182 Mitglieder; das Vereinsvermögen beträgt 10 328,75 Mark und der Reservefonds 4097,52 Mark. Einer Einnahme von 213 571,62 Mark steht eine Ausgabe von 212 053,86 Mark gegenüber, so daß ein Baarbestand von 1517,76 Mark verbleibt. Von dem Reingewinn von 1259,52 Mark fließen zum Reservefonds 329,94 Mark, als Dividende gelangen also 929,58 Mark gleich 9 pCt. zur Vertheilung.

Neustadt, 14. Februar. (50jähriges Dienstjubiläum). Gestern beging der Rechtsanwalt und Notar Grolp, der älteste Anwalt im Bezirk, welcher fast 40 Jahre am hiesigen Orte amtirt, sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Elbing, 15. Februar. (Mordversuch). Heute versuchte ein Mann, namens v. Strouczinski, der von seiner Ehefrau, die eine Schankwirthschaft betreibt, geschieden ist, dieselbe zu ermorden. Eine von ihm abgefeuerte Revolverkugel traf jedoch nur den Arm der Frau. Der Attentäter stellte sich selbst dem Gerichte. (D. Z.)

Lokalnachrichten.

Thorn, 15. Februar 1893.

— (Der Provinziallandtag) tritt am nächsten Dienstag in Danzig zusammen. Unter den zu berathenden Vorlagen befindet sich auch ein Antrag des Provinzialausschusses, dem Kreise Thorn 10 000 Mark zum Bau einer Brücke über die Drewenz bei Zlotterie zu bewilligen.

— (Ersatzgeschäft). Das diesjährige Ersatzgeschäft für den Kreis Thorn findet in Thorn vom 26.—29. März und vom 4.—8. April im Mielke'schen Lokale, am 10. April in Amthal und vom 11.—15. April in Culmsee statt.

— (Stadtverordnetensitzung am 15. Februar). Anwesend waren 31 Stadtverordnete. Am Tische des Magistrats die Herren: Erster Bürgermeister Dr. Kohli, Bürgermeister Schustehrus, Stadtbaurath Schmidt, Kämmerer Stachowitz, Oberförster Baehr, Ingenieur Metzger, die Stadträthe Kittler, Löschmann und Rudies und Regierungsreferendar Krause. Der Vorsitzende, Herr Prof. Boethke, eröffnet die Sitzung und ertheilt dem Stv. Wolff, als Referenten des Verwaltungsausschusses, das Wort. — 1) Es wird beschlossen, die Vermiethung der Rathhausgewölbe Nr. 6 und 11 nochmals auszuschreiben. Den Miethsangeboten von Gerson auf die Gewölbe 13 und 14, Burczykowski auf 15 und Mielke auf 17 wird der Zuschlag ertheilt. — 2) Betreffs des Antrages des Marktstandgelderhebers Kruczkowski auf Pachterlaß ist, da ein Konfliktfall als gegeben zu betrachten sei, indem der Magistrat gegen die Pachtermäßigung aus prinzipiellen Gründen ist, während die Majorität der Stadtverordneten sich dafür ausgesprochen hat, eine gemischte Kommission gewählt worden, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern (Dr. Kohli, Schmidt, Kittler) und vier Stadtverordneten (Hensel, Tilk, Gerbis, Wolff). — 3) Die Anstellung eines Standesbeamten wird aus finanziellen Gründen abgelehnt. — 4) Der Haushaltsplan der Kämmerei-Ziegelei pro 1893/94 wird festgestellt. Nach dem Bericht betrug die Gesammteinnahme des letzten Etatsjahres 43 910 Mk. (gegen 41 710 Mk. im Vorjahre). — 5) Ferner wird der Haushaltsplan der Uferverwaltung für dasselbe Etatsjahr festgestellt. Die Einnahme des verflossenen Jahres betrug 19 049 Mk. Es ergiebt sich also ein Ueberschuß von 3618 Mk. (gegen 3100 Mk. im Vorjahre). — 6) Der Vertrag mit dem Brauereibesitzer Kuttner über Vermiethung des Zwingers am Gerechtenthor wird bis zum 30. September 1896 verlängert. — 7) Es ist von Seiten des Magistrats beschlossen worden, den Neubau eines Försterhauses in Ollek auszuführen. Die Baukosten sind mit 13 500 Mk. veranschlagt. Im Etat ist jedoch nur der Ausbau des alten Försterhauses mit 4000 Mk. vorgesehen. Stadtbaurath Schmidt bemerkt hierzu, daß der Ausbau des alten Försterhauses zu verwerfen sei, da er mindestens 6—7000 Mk. Kosten verursachen würde. Das Gebäude sei im höchsten Grade baufällig, der Schwamm wachse durch die Dielen. Stv. Tilk spricht sich für den Neubau aus. Stv. Schlee will die Vorlage vertagt wissen, weil der Reparaturanschlag des Stv. Kriwes, der seiner Zeit in Gemeinschaft mit dem Stv. Sand zur Abgabe eines solchen aufgefordert worden sei, noch nicht vorliege. Erster Bürgermeister Dr. Kohli bittet, den Antrag des Stv. Schlee abzulehnen, da die Angelegenheit dringend sei und der Bau im Frühjahr begonnen werden müsse. Oberförster Baehr will auch keine Vertagung. Das jetzige Forsthaus, das als Försterwohnung übrigens viel zu groß sei, müsse unterhalten werden, dabei verzinse die Stadt dasselbe viel zu hoch. Das Holz zum Neubau liege bereit. Falls es nicht zum Bau komme, müsse dasselbe verkauft werden. Stv. Schlee meint, das schade ja nichts. Dafür werde die Stadt ihr Geld erhalten, für das sie die Bauhölzer zur Zeit der Verwendung neu kaufen könne. Oberförster Baehr erklärt demgegenüber, daß sich Stv. Schlee mit dieser Ansicht auf dem Holzwege befinde. Mit dem eigenen Holz, das nach Thorner Preisen berechnet sei, baue die Stadt bedeutend billiger. Stv. Sand beantragt, an Stelle des Neubaues den Umbau vorzunehmen. Darauf zieht Stv. Schlee seinen Antrag zurück. Es wird der Antrag des Magistrats abgelehnt und der Antrag Sand zum Beschluß erhoben. — 8) Die Verpachtung der Abholzungsländereien als Weideland wird genehmigt. — 9) Hinsichtlich der Umwandlung des Realgymnasiums in eine sechsklassige lateinlose Schule hat die zuständige Kommission mit vier gegen eine Stimme beschlossen, die erwähnte Umwandlung zu empfehlen und den Wunsch auszusprechen, dieselbe bereits zum 1. April vorzunehmen. Nach den Vorschlägen der Kommission ist vom Magistrat beschlossen worden, die Umwandlung des Realgymnasiums in eine lateinlose höhere Bürgerschule vorzunehmen. Stvv. Sand und Schlee sprechen gegen diesen Beschluß der Umwandlung. Stv. Schlee giebt zu bedenken, daß man in einer so wichtigen Sache wie der vorliegenden keinen übereilten Schritt thun dürfe. Darum sei er dafür, die Verhandlung darüber zu vertagen. In längerer Rede führt er aus, daß eine lateinlose höhere Bürgerschule der Stadt weder materiellen noch ideellen Gewinn bringen werde. Kämmerer Stachowitz hält die Umwandlung im Interesse vieler Bürger und des städtischen Geldbeutels für vortheilhaft. Stv. Feyerabendt ist sehr überrascht, daß über eine bereits beschlossene Sache nochmals eine lange Debatte eröffnet wird. Er findet ferner die Bemerkung des Stv. Schlee sehr eigenthümlich, daß man keine übereilten Schritte in einer Sache thun solle, nachdem dieselbe schon seit längerer Zeit einen Berathungsgegenstand gebildet hat. Die Staatsregierung habe erklärt, daß an dem Zuschuß der Stadt in der Höhe von 17 000 Mk. zum Realgymnasium weder in dem einen noch in dem anderen Falle etwas zu ändern sei. Nun zeige sich aber das Realgymnasium nicht mehr ganz lebensfähig, bei einer lateinlosen Bürgerschule sei darum der Zuschuß jedenfalls besser angewendet. Wenn er um seine persönliche Meinung gefragt werde, müsse er erklären, daß er ganz entschieden für die Erhaltung des Realgymnasiums sei. Aber er habe die Interessen der Gemeinde zu wahren. Darum hält er an dem Beschluß der Kommission fest und bittet, den Antrag anzunehmen. Stv. Sand beantragt Vertagung, da die Meinungen so himmelweit auseinandergingen. Schließlich wird der Antrag des Magistrats abgelehnt. — Ueber die Vorlagen des Finanzausschusses berichtet Stv. Gerbis. — 1) Der Haushaltsplan der Schlachthausverwaltung pro 1893/94 wird festgestellt. — 2) Ebenso derjenige der Stadtschulenverwaltung pro 1893/94. Wie aus dem Bericht hervorgeht, machte sich ein Zuschuß von 102 999 Mk. nöthig. Hierbei interpellirt Stv. Sand den Magistrat, wie sich der andauernde Rückgang der Schülerinnenzahl bei der höheren Töchterschule erkläre. Der Erste Bürgermeister antwortet, daß die Erhebungen darüber schon längere Zeit im Gange seien. — 3) Die für den Städtetag bewilligte Summe von 500 Mk. hat eine Ueberschreitung von 272,65 Mk. erfahren. Die Stadtverordneten bewilligen diese Mehrausgabe. — 4) Der Magistrat hat beschlossen, dem Lehrer Wroblewski die Umzugskosten-Entschädigung von 22 Mk. zu gewähren. Die Versammlung tritt dem Beschlusse bei. — 5) Der Haushaltsplan des Wilhelm-Augusta-Stifts pro 1893/94 wird genehmigt. — Zum Schluß berichtet Stv. Wolff über eine Vorlage, bezüglich derer anfangs Berathung in geheimer Sitzung beantragt wurde. Stv. Sand hingegen war für öffentliche Berathung aus Gründen einer Klarstellung einzelner Verhältnisse. Es handelt sich, wie in der Sitzung mehrfach konstatirt wurde, um einen Vertrauensbruch seitens eines Mitgliedes der Kommission für den Bau der Wasserleitung und Kanalisation. In einer Ausschußsitzung hat bei Vergebung einer Lieferung von 8000 Centner Cement Stadtbaurath Schmidt sich auf Grund der Resultate, welche die mit den Cementproben der konkurrirenden Fabriken angestellten Versuche ergeben haben, dahin geäußert, daß die Cementproben der Schlesischen Portland-Cementfabrik Gorschowitz bei Oppeln nicht „treibend" genug seien. Einige Tage darauf erhält Stadtbaurath Schmidt von erwähnter Fabrik ein Schreiben, worin dieselbe behauptet, letztere Aeußerung sei geeignet, den Ruf der Firma zu schädigen. Die Angelegenheit werde im Rechtswege zur weiteren Verfolgung kommen. Wie erklärt wird, hat Stadtbaurath Schmidt sein fachmännisches Urtheil in der Voraussetzung abgegeben, daß darüber, wie über den ganzen Verlauf der Ausschußsitzung, Geheimhaltung bewahrt werde. Eine ehrenwörtliche Erklärung der Kommissionsmitglieder, daß sie über diese Berathung nichts in die Oeffentlichkeit haben verlauten lassen, weigerte Stv. Dietrich zu unterschreiben. In der heutigen Versammlung giebt Stv. Dietrich zu, der Fabrik jene Mittheilung gemacht zu haben, jedoch in dem guten Glauben, damit keine Indiskretion zu begehen. Auch von anderer Seite wird hierzu behauptet, daß schon wiederholt Beschlüsse der Ausschüsse in der Oeffentlichkeit bekannt geworden seien, bevor sie in der Stadtverordnetensitzung zur Vorlage gelangten. Es entspinnt sich eine längere ziemlich erregte Debatte, wobei das Verfahren des Stv. Dietrich von der Mehrzahl der Redner scharf angegriffen wurde. Im Laufe der Diskussion bittet Stv. Dietrich um Entschuldigung, falls er unwissentlich eine Indiskretion begangen. Dann verläßt er die Sitzung. Am Schluß der weiter fortgesetzten Debatte nimmt die Versammlung folgende Erklärung an: die Stadtverordnetenversammlung mißbilligt, daß der Stv. Dietrich Mittheilungen an die betreffende Fabrik gemacht hat, und erklärt, daß die Verhandlungen der Ausschußsitzungen ebenso als geheime zu betrachten seien, als die Sitzungen des Magistrats. — Die Sitzung endet um 3/4 7 Uhr.

— (Handelskammer). Im Regierungsbezirk Marienwerder sind nicht, wie in unserem gestrigen Bericht zu lesen stand, 92 Cholera-Erkrankungen vorgekommen, es sind vielmehr im Gebiete der preußischen Weichsel im Jahre 1892 nur zwanzig Erkrankungen an asiatischer Cholera konstatirt worden.

— (Der Allgemeine Deutsche Schulverein), Ortsgruppe Thorn, hält am nächsten Sonnabend im Hinterzimmer des Artushofes eine Generalversammlung ab, wobei Herr Oberlehrer Entz einen Vortrag über „die Deutschen in Oesterreich" halten wird.

— (Jungfrauenstiftung des Coppernikusvereins). Die gestrige Theatervorstellung im großen Artushofsaale, deren Reinertrag zur Unterstützung von Lehrerinnen oder solcher Mädchen, die sich dem Lehrerinnenberufe widmen wollen, verwendet werden soll, war sehr gut besucht. Die Gesänge der ersten Aufführung waren durchweg präzis, die Darstellung wohlgelungen. Ein liebenswürdiger Humor trat aus den beiden Lustspielen entgegen. Die Darsteller bewegten sich in ihren Rollen mit anerkennenswerther Gewandtheit. Der reiche Beifall, der ihnen zum Schluß zutheil ward, war wohl verdient.

— (Der Lehrerverein) hält Sonnabend den 18 d. M., 5 Uhr, bei Arenz eine Sitzung ab.

— (Besitzwechsel). Das den Rupinski'schen Erben gehörige Grundstück mit Bäckerei, Schuhmacherstraße 24, ist für den Preis von 94 000 Mk. in den Besitz des Bäckermeisters Herrn Wohlfeil übergegangen.

— (Strafkammer). In der gestrigen Sitzung führte Herr Landgerichtsdirektor Wünsche den Vorsitz, als Beisitzer fungirten die Herren Landgerichtsräthe Moser, Kah, Schultz II und Gerichtsassessor von Lukowicz. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Gerichtsassessor Strübing. — Verurtheilt wurden der Arbeiter Franz Orlowski aus Podwitz wegen Uebertretung des § 367 Nr. 10 R.-Str.-G.-B. und wegen Körperverletzung in zwei Fällen zu 3 Monaten 3 Tagen Gefängniß und 14 Tagen Haft, der Arbeiter Wilhelm Wirwitzki aus Gr. Lunau wegen gefährlicher Körperverletzung zu 1 Monat Gefängniß, der Viehhändler Jacob Bott aus Steinau wegen Diebstahls, Bedrohung und Verleitung zum Meineide zu 1 Jahre 3 Monaten Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren, der Händler Johann Grabowski aus Lipowitz wegen Diebstahls und Verleitung zum Meineide zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren, der Käthner Anton Grabowski jun. aus Lipowitz wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängniß, der Viehhändler Josef Dybowski aus Steinau wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängniß, der Knecht Hermann Hartzheim aus Gurske wegen Diebstahls im Rückfalle zu 6 Monaten Gefängniß, der Arbeiter Michael Malinowski aus Siemon wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu 1 Woche Gefängniß, der Arbeiter Franz Piskowski aus Siemon wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu 1 Woche Gefängniß, der Nachtwächter Johann Andowski aus Osieszek wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu 1 Woche Gefängniß. Eine Sache wegen versuchter Nöthigung wurde vertagt.

— (Diebstahl). Der wegen Diebstahls bereis wiederholt vorbestrafte Arbeiter Franz Lewandowski hat beim Einkaufe einer kleinen Quantität Wurst in dem Wurstgeschäft von Scheda 1½ Pfund Wurst entwendet.

— (Polizeibericht). In polizeilichen Gewahrsam wurden 6 Personen genommen.

— (Von der Weichsel). Der heutige Wasserstand betrug mittags am Windepegel der königl. Wasserbauverwaltung 1,07 Meter über Null.

)(**Gurske**, 15. Februar. (Landwirthschaftlicher Verein Gurske). Zu der letzten Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins Gurske waren fast sämmtliche Mitglieder erschienen. Der Vorsitzende Herr A. Krüger-Alt Thorn eröffnete und leitete die Versammlung. Es wurden folgende Gegenstände der Tagesordnung erledigt: 1. Als Stationshalter für die Bullenstation Gurske wurde der Besitzer Ernst Witt zu Gurske gewählt, während die Station Scharnau auf dem Gehöfte des Besitzers Pansegrau verbleibt. 2. Die Futterkosten für die Vereinsstiere werden zur Auszahlung angewiesen. 3. Es wird beschlossen bei der Hauptverwaltung des Central-Vereins um Bewilligung einer Beihilfe zur Errichtung einer dritten Bullenstation in Pensau einzukommen, da die beiden vorhandenen Stationen zu entfernt für die in der Mitte der Niederung gelegenen Ortschaften liegen. 4. Als Delegirter zu der Sitzung des Centralvereins wird der Vorsitzende Herr Krüger und als Vertreter der Schriftführer Herr Uthke gewählt. Die Kosten der Reise sollen aus der Vereinskasse gedeckt werden. 5. Der Artikel des Herrn Ruprecht-Ransern wird verlesen und darauf folgende Resolution angenommen: Die unterzeichneten Mitglieder des heute hier versammelten landwirthschaftlichen Vereins Gurske bringen den in der „Landwirthschaftlichen Thierzucht" veröffentlichten Bestrebungen des Herrn Ruprecht-Ransern ihre volle Zustimmung entgegen. 6. Die Petition, betreffend den Entwurf zum Branntweinsteuergesetz wurde besprochen und unterzeichnet. Als neues Mitglied trat der Besitzer Herr Janke-Gurske dem Vereine bei. Die nächste Sitzung findet am 4. März cr. in Pensau statt. In derselben soll ein Vortrag vom Wanderlehrer aus Danzig gehalten werden.

Mannigfaltiges.

(Der Eisgang der Oder) hat begonnen; bei Ratibor ist bereits das Eis im Laufe des gestrigen Tages stoßweise abgegangen; infolgedessen ist der Wasserstand ein schwankender. Der Eiswachtdienst wird in vollstem Maße aufrecht erhalten.

(Die polizeilichen Feststellungen in der Leschonsky'schen Mordsache) lassen in einen tiefen Abgrund blicken. Der jugendliche Mörder Paul Schmidt ist noch fast ein Knabe, der im November vorigen Jahres sein fünfzehntes Lebensjahr vollendete. Er sieht allerdings älter aus, so daß ihn die Uhrmacher in der Pank- und Oranienstraße, bei denen er kurz nach der That sich einen Uhrschlüssel kaufen wollte, auf 20 Jahre geschätzt haben. Seine Eltern, die Tischler Schmidt'schen Eheleute, die bis Oktober Gerichtsstraße 42 wohnten und nach Biesenthalerstraße 15 verzogen, sind anscheinend ordentliche Leute. Paul Schmidt ist aber schon wegen Diebstahls bestraft. Vor seiner Einsegnung hat er die Gemeindeschulen in der Müller- und in der Pankstraße besucht, und die erste Klasse durchgemacht. Seine Schulkameraden bezeichneten den Burschen schon damals als einen Strolch, mit dem sie nicht gern zu thun haben wollten, während wiederum die Angehörigen des Mörders ihm das Zeugniß eines fleißigen und wohlgesitteten Knaben ausstellen. Sicher ist, daß Schmidt als Arbeitsbursche in schlechte Gesellschaft gerieth, und zwar deuten gewisse Spuren darauf hin, daß der Bursche trotz seiner Jugend schon mit lasterhaften Frauenspersonen verkehrt hat. Er hat sich in der letzten Zeit arbeitslos umhergetrieben und, wie er selbst angiebt, schon im Januar den Plan gefaßt, die Leschonsky umzubringen und zu berauben. Er war, als er im Nebenhause wohnte, mit der Oertlichkeit und den Verhältnissen der Leschonsky bekannt geworden, da er mehrfach dort Kartoffeln gekauft und auch gerollt hatte; besonders wußte er, daß die Frau Tages über allein war, und erst am Abend ihren Mann erwartete. Im Januar hatte er bereits längere Zeit vor der Thür gestanden, aber keinen günstigen Zeitpunkt zur Ausführung des verbrecherischen Vorhabens gefunden, weil Käufer ab- und zugingen. Am 1. d. M. hatte er auch kurze Zeit aufgepaßt, die Frau auch durch ein nicht verhängtes Fenster beobachtet. Da der Keller leer blieb, ging er hinein und stellte die Klingel ab. In der Rollkammer ergriff er ein Mangelholz und stellte sich hinter die Glasthür, die die Rollkammer mit der Wohnstube verbindet und sich nach der Rollkammer zu öffnet. Um das Opfer in die Rollkammer zu locken, stieß er mit dem Mangelholz einige Male auf den Fußboden, die Frau öffnete die Thür, und als sie daselbst erschien, erhielt sie einen so heftigen Schlag auf den Kopf, daß sie zusammenbrach und im Falle das sie begleitende Kind mit umriß. Da das Kind schrie, versetzte Schmidt auch ihm einen Schlag und wandte sich dann der Kommode zu, worin das Geld, wie er wußte, aufbewahrt wurde. Da er sie nicht öffnen konnte, zertrümmerte er den Deckel mit dem Mangelholz. Es ist fast unbegreiflich, daß diese Schläge in der Wohnung oberhalb des Kellers nicht gehört wurden. Nachdem er Uhr mit Kette und 150 Mark in dem Leinwandbeutel an sich genommen hatte, wollte er hinausgehen, bemerkte aber, daß Frau L. noch lebte. Er nahm nun ein Messer von dem Tisch und versetzte ihr einen Stich in den Hals; dann nahm er 30 Mark aus der Ledertasche und verließ unbemerkt den Thatort. Von der Mordstelle begab er sich zu dem Uhrmacher Wenig. Am folgenden Morgen hat er in den Geschäften der Oranienstraße Handschuhe, Kravatten und Gummiwäsche, dann bei einem Uhrmacher eine silberne Uhr und Kette gekauft, auch die geraubte Uhr gezeigt und um Befestigung des Glases gebeten. Später hat er sich photographiren lassen, sich einen Anzug, Hut und Koffer gekauft, 25 Mark hat er seiner Mutter, 12 Mark einer Tante in Verwahrung gegeben. Der Verbleib des Geldes ist nachgewiesen. Die Kriminalpolizei glaubt nicht an die Betheuerungen des Burschen, daß er keine Mitwisser der Blutthat gehabt habe, zum mindesten wird angenommen, daß Schmidt sich diesbezüglich sogenannten Freunden gegenüber anvertraut habe. Dem beklagenswerthen Gatten der Leschonsky wurde der Mordbube noch am Sonntag gegenübergestellt. Schmidt verlor zum ersten Mal die erheuchelte Gleichgiltigkeit, als Herr Leschonsky ihm gegenübertrat. Schmidt wurde blaß und zitterte derartig, daß er sich kaum aufrecht zu erhalten vermochte. Aber auch Leschonsky war furchtbar erregt und er würde den Mörder sicher niedergeschlagen haben, wenn nicht Beamte dazwischen getreten wären. Die Vernehmung des unglücklichen Mannes mußte bei der Aufgeregtheit desselben möglichst abgekürzt werden.

(Cholera). Das kaiserliche Gesundheitsamt theilt mit, daß in Hamburg bei einem am 3. Februar Erkrankten nachträglich Cholera festgestellt worden sei.

(Verurtheilung). Das Schwurgericht in Leipzig verurtheilte den Cand. med. Balack, welcher im Pistolenduell Dr. Przyrembel im November v. J. erschoß, zu 2 Jahren 6 Monaten Festung, den Kartelträger zu einer Woche.

(Schwere Ueberschwemmungs-Kalamitäten) werden aus Bayern gemeldet. In Regensburg steht das Hochwasser in vielen Häusern bis zum ersten Stock. Eine Anzahl Ortschaften stehen gänzlich unter Wasser. Auch in Schlesien drohen Wassersnöthe.

(Flüchtiger Bankdirektor). Die Direktion der Helsingforser Volksbank theilt mit, der flüchtig gewordene Direktor Lindroth habe sich 90 000 Mark aus der Kasse der Bank angeeignet. Aus der bisherigen Bücherinventur gehe jedoch hervor, daß kein Gläubiger der Bank in Mitleidenschaft gezogen werde.

Telegramme.

Berlin, 16. Februar. Die Steuerreformkommission des Abgeordnetenhauses erledigte gestern Abend den Rest des Ergänzungssteuergesetzes fast durchweg nach den Beschlüssen der ersten Lesung und nahm in der Schlußabstimmung das ganze Gesetz mit 22 gegen 5 Stimmen an.

Berlin, 16. Februar. In einer gestern in der Viktoriabrauerei stattgehabten, von etwa tausend Personen verschiedener Parteirichtungen besuchten Versammlung sprachen die Professoren Hans Delbrück und Adolf Wagner und General von Boguslawski für die Militärvorlage. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher die Durchführung der Militärvorlage für eine politische Nothwendigkeit erklärt und der Reichstag dringend ersucht wird, eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen herbeizuführen. Das deutsche Volk sei opferwillig und leistungsfähig genug, die erhöhten Lasten zu tragen.

Wien, 16. Februar. Fürst Ferdinand von Bulgarien ist letzte Nacht hier eingetroffen. Er wird heute vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen und verbleibt bis zum 22. d. M. in Wien, um dann direkt nach Sofia zurückzukehren.

Budapest, 16. Februar. In Hittyas brennt seit vorgestern ein ganzes Waldterrain. Alle Löschungsversuche sind vergeblich. Man vermuthet Brandstiftung.

Verantwortlich für die Redaktion: Paul Dombrowski in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	16. Febr.	15. Febr.
Tendenz der Fondsbörse: fest.		
Russische Banknoten p. Kassa	215—	214—50
Wechsel auf Warschau kurz	214—30	214—
Preußische 3 % Konsols	87—60	87—40
Preußische 3½ % Konsols	101—20	101—20
Preußische 4 % Konsols	107—80	107—80
Polnische Pfandbriefe 5 %	68—70	68—10
Polnische Liquidationspfandbriefe	66—	66—
Westpreußische Pfandbriefe 3½ %	98—	98—
Diskonto Kommandit Antheile	191—50	192—
Oesterreichische Banknoten	168—95	168—85
Weizen gelber: April-Mai	154—20	155—
Mai-Juni	155—20	156—20
loko in Newyork	80—3/8	81—1/8
Roggen: loko	134—	134—
April-Mai	137—20	137—70
Mai-Juni	138—	138—50
Juni-Juli	139—	139—20
Rüböl: April-Mai	53—40	52—30
Mai-Juni	53—40	52—30
Spiritus:		
50er loko	52—80	53—10
70er loko	33—30	33—30
70er Februar	32—10	32—10
70er April-Mai	32—80	32—80

Diskont 3 pCt., Lombardzinsfuß 3½ pCt. resp. 4 pCt.

Königsberg, 15. Februar. **Spiritusbericht.** Pro 10 000 Liter pCt. ohne Faß unverändert. Zufuhr 10 000 Lt. Loko kontingentirt 50,50 Mk. Gd., nicht kontingentirt 30,75 Mk. Gd.

Getreidebericht der Thorner Handelskammer für Kreis Thorn.
Thorn den 16. Februar 1893.

Wetter: Thauwetter.
(Alles pro 1000 Kilo ab Bahn verzollt.)
Weizen flau, stockender Absatz, 132 Pfd. bunt 140 M., 134 Pfd. hell 143 M., 135/136 Pfd. hell 145/146 M.
Roggen flau, 120/121 Pfd. 119/120 M., 125/126 Pfd. 121/122 M.
Gerste feine Waare gesucht, Brauwaare 130/135 M., feine Waare über Notiz.
Erbsen Futterwaare 114/116 M.
Hafer inländischer 130/134 M.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag 17. Februar.
Evangel. Gemeinde in Mocker:
Nachm. 5 Uhr: Passionsandacht. Herr Prediger Pfefferkorn.

Bekanntmachung.

An unseren Elementarschulen ist die Stelle eines **katholischen Elementarlehrers** zu besetzen.

Das Gehalt beträgt 1050 Mark und steigt in 2×3 Jahren um je 150 Mark, 1×3 Jahren um 300 M., 2×3 Jahren um je 150 M. und 3×5 Jahren um je 150 M. auf 2400 M., wobei eine frühere auswärtige Dienstzeit zur Hälfte angerechnet wird. Für geprüfte Mittelschullehrer beträgt das Gehalt 150 Mark mehr.

Bewerber wollen ihre Meldung unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufs bei uns bis zum 1. März d. Js. einreichen.

Thorn den 6. Februar 1893.

Der Magistrat.

Mittwoch den 22. Februar cr. vormittags 11 Uhr sollen die **Regulirungsarbeiten** an der Posener Eisenbahn — etwa 30 300 cbm Bodenbewegung umfassend — öffentlich verdungen werden. Angebote mit der Aufschrift „Angebot auf die Uebernahme der Terrain-Regulirungs-Arbeiten" sind bis zu dem genannten Zeitpunkt in Zimmer 10 des Fortifikations-Dienstgebäudes einzureichen.

Die Bedingungen hierfür liegen in dem genannten Zimmer zur Einsicht aus.

Königliche Fortifikation.

Oeffentliche
freiwillige Versteigerung.
Freitag den 17. Februar cr.
vormittags 10 Uhr
werde ich in resp. vor der Pfandkammer hierselbst
1 Sopha, Tische, Stühle und Kronleuchter, sowie eine Partie goldener und silberner Herren- und Damenuhren, neue kupferne Kessel in verschiedenen Größen
öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkaufen.

Knauf,
Gerichtsvollzieher kr. A. in Thorn.

Oeffentliche Zwangsversteigerung.
Freitag den 17. Februar
nachmittags 2 Uhr
werde ich bei dem Bauunternehmer **August Bohnke** in Mocker
eine englische Drehrolle
öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkaufen. **Knauf,**
Gerichtsvollzieher kr. A. in Thorn.

Mozart-Verein.
Freitag Abend 8 Uhr:
Probe im Gymnasium.

Mozart-Verein.
Mittwoch den 22. Februar abends 8 Uhr
☛ **im Artushofe:** ☚
3. Concert
unter freundlicher Mitwirkung von Fräulein **Helene Neitzel** a. Berlin.

1) Ouverture zur Oper „Die Entführung aus dem Serail" Mozart.
2) Sopran-Solo.
3) 2 Orchesterstücke:
Ständchen . . . . Haydn.
Liebeslied . . . . Taubert.

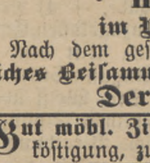
4) „Der Rose Pilgerfahrt". . Schumann.

Allgemeiner deutscher Schulverein
Ortsgruppe Thorn.
Sonnabend den 18. Febr. abends 8 Uhr:
Generalversammlung
im Hinterzimmer des Artushofes
(Fürstenzimmer).
Tagesordnung:
Geschäftliches.
Bericht des Vorsitzenden über die Verhandlungen der Provinzialversammlung des Provinzialverbandes Ostpreußen.
Vortrag des Herrn Oberlehrers **Entz:**
Die Deutschen in Oesterreich.
☛ Gäste sind willkommen. ☚
Der Vorstand.

Handwerker-Verein.



Am 18. d. Mts.:
Maskenball
im Schützengarten.
Karten für Mitglieder und deren Angehörige à 50 Pf. sowohl für Masken wie Zuschauer beim Rendanten **Menzel** zu haben.
Der Vergnügungsvorstand.



Freiwillige Feuerwehr.
Sonnabend, 18. Febr.
abends 8 Uhr:
Hauptversammlung
im Vereinslokal.
Nach dem geschäftlichen Theil **gemüthliches Beisammensein** mit Vorträgen.
Der Vorstand.

Hierzu Lotterie-Gewinnliste.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.